

Protokoll Einwohnerrat Wohlen

9. Sitzung vom 21. Januar 2019 von 18:00 bis 19:45 Uhr im Casino Wohlen

Vorsitz	Edwin Brunner, Präsident
Protokollführung	Michelle Hunziker, Gemeindeschreiber-Stv.
Präsenz	Einwohnerrat 18.00 – 18.20 Uhr Mitglieder des Einwohnerrats: 35 Absolutes Mehr: 18 Zweidrittelsmehr: 24 Einwohnerrat 18.20 – 19.45 Uhr Mitglieder des Einwohnerrats: 36 Absolutes Mehr: 19 Zweidrittelsmehr: 24 Gemeinderat Arsène Perroud, Gemeindeammann Roland Vogt, Vizeammann Thomas Burkard, Gemeinderat Ariane Gregor, Gemeinderätin Weitere Anwesende Christoph Weibel, Gemeindeschreiber Sabrina Siegrist, Gemeindeschreiber-Stv. II Marco Veil, Chef Regionalpolizei Roland Konrad, Bereichsleiter Planung, Bau und Umwelt Gregor Kaufmann, Finanzverwalter Urs Spillmann, Bereichsleiter Gesellschaft, Soziales und Bildung Marcel Christen, Bereichsleiter Sicherheit Franco Corsiglia, Präsident Schulpflege Rolf Stadler, Präsident Schulleiterkonferenz Ernesto Hitz, Leiter Schulverwaltung
Entschuldigungen	Ruedi Donat, CVP Harry Lütolf, CVP, ab 18.20 Uhr anwesend Michaela Duschén, FDP Jonathan Nicoll, SVP

Dorian Hyde, SP
Paul Huwiler, Gemeinderat

TRAKTANDEN

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Inpflichtnahme Astrid Elsässer, Grüne
3. Bericht und Antrag 14023 – Budget 2019 der Einwohnergemeinde Wohlen AG – 2. Vorlage

Brunner Edwin, Präsident:

Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 10. Dezember 2018 zu verzeichnen:

- Bericht und Antrag 14023 – Budget 2019 der Einwohnergemeinde Wohlen – 2. Vorlage
- Bericht und Antrag der FGPK zum Budget 2019 – 2. Vorlage
- Schuljahresbericht 2017/2018
- Antwort zur Anfrage 13167 von Harry Lütolf, CVP, betreffend Kosten für die Steuerzahlenden der Gemeinde Wohlen für Untersuchungen in der Gemeindeverwaltung und für das erfolglose Strafverfahren gegen den vormaligen Gemeindeammann Walter Dubler
- Antwort zur Anfrage 13072 von Jean-Pierre Gallati, SVP in Sachen unterlassene Rückerstattungen des Gemeindeammanns / Entschädigungen aus Nebenämtern (Arbeitsgruppe Aufgaben- und Lastenverteilung des Departements DVI) 2011 – 2015
- Einladung zum Hallenturnier des FC Wohlen

Inpflichtnahme Astrid Elsässer, Grüne

Brunner Edwin, Präsident: Liest das Amtsgelübde vor.

Astrid Elsässer, Grüne, leistet für den Rest der Amtsperiode 2018/2021 das Amtsgelübde gemäss § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates. Astrid Elsässer ist somit als Nachfolgerin von Magdalena Küng in Pflicht genommen.

Ersatzwahl Stimmzähler:

Mergim Gutaj, SP,

wird mit 34 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung

als Ersatzstimmzähler gewählt.

Anna Keller, Präsidentin FGPK: Wir sind zum zweiten Mal für das Budget 2019 hier. Ihnen liegt der Bericht und Antrag der FGPK vor. Sie konnten darin lesen, dass die Kommission mit dem Inhalt des Budgets einverstanden ist, aber eine Mehrheit der Kommission den vorgeschlagenen Steuerfuss von 113% als für zu gering erachtet und stattdessen erneut einen Antrag für einen Steuerfuss von 115% stellen wird. Sie fragen sich jetzt bestimmt warum. Die Hauptprobleme von Wohlen haben sich nicht plötzlich in Luft aufgelöst. Diese sind nämlich nach wie vor die Nettoschuld, der Pro-Kopfsteuerertrag und die Selbstfinanzierung. Die Nettoschuld ist in der Beilage 5 deutlich ersichtlich. Und hierbei rechnet der Gemeinderat bereits ab 2020 wieder mit einem Steuerfuss von 115%. Die nachfolgenden Farben bedeuten folgendes:

- Gelb = hohe Verschuldung
- Rot = sehr hohe Verschuldung

Wie Sie sehen, zieht sich das über ein paar Jahre hinweg. Aber die Verschuldung entsteht, da wir einiges in Angriff genommen haben. Es handelt sich hierbei um Sachen, welche angestanden sind und um Sachen, welche bereits in der Pipeline sind. Verwirklicht wurde die Motion der FDP „Jetzt isch d’Badi dra!“ und ist samt einem Neubau der Eisbahn verwirklicht worden. Dies wurde damals einstimmig von der damaligen GPK und FIKO befürwortet und fand viel Zustimmung im Volk. Der neue Busbahnhof samt Unterführung ist jetzt aktuell im Bau. Alle drei Sachen waren ursprünglich Wunschbedarf, welche die Attraktivität von Wohlen erhalten oder erhöhen sollen und wo viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in den Abstimmungen unterstützt haben. Diese sind jetzt Realität. Jetzt sind es jedoch keine Wünsche mehr, sondern sie sind verwirklicht und somit Pflichtbedarf, welchen wir bezahlen müssen. Wir haben bei diesen grossen Investitionen wie beispielsweise vom Swisslos-Sportfonds Aargau und anderen Unterstützung erhalten. Aber unseren Gemeindeanteil müssen wir jetzt beginnen zu bezahlen. Der Steuerertrag ist in der zweiten Vorlage zum Budget 2019 zwar CHF 300'000 höher geschätzt, aber der Pro-Kopfsteuerertrag bleibt in Wohlen trotzdem sehr tief. Den genauen Steuerertrag wissen wir sowieso nicht im Voraus. Dieser wird mit Hochrechnungen ermittelt und je nachdem kann sich dieser noch positiv oder negativ verändern. Dieses Jahr ist er so gut ausgefallen, weil die Anzahl der Steuerpflichtigen überdurchschnittlich um 3.5% gewachsen sind. Die Selbstfinanzierung wird auch nicht mit 5% mehr Steuern in riesige Höhen steigen. Aber es würde doch pro Jahr rund CHF 1.5 Mio. mehr bringen. Die FGPK ist überzeugt, dass wir das Geld benötigen.

Wie steht es mit den Ausgaben? Befinden sich diese im Gleichgewicht mit den Einnahmen? Dafür haben wir übrigens immer noch die „AHA-Motion“ vorliegen, welche noch nicht beantwortet ist. AHA heisst für alle, die es nicht wissen „Ausgeglichener Haushalt.“ Arsène Perroud hat uns in der Sitzung erläutert, dass die Ausgaben schon jetzt mehrmals geprüft werden. Und zwar zuerst durch die Abteilung, dann durch den Ressortvorsteher, den Finanzverwalter und dann den Gemeinderat. Zudem hat er uns mitgeteilt, dass sämtliche Abteilungen der Gemeindeverwaltung, verglichen mit anderen Gemeinden, unterbesetzt sind. Mit dem vorliegenden Budget kann die Gemeindeverwaltung mit viel Aufwand und viel Verzicht die Aufgaben erfüllen. Auf die detaillierte Antwort zur AHA-Motion sind wir in der Kommission gespannt, denn das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen, welches immer mehr in Schiefele gerät, hat die FGPK dazu bewogen, einen höheren Steuerfuss zu verlangen.

Wäre dann nicht einfach Sparen das angebrachteste? Einige Kommissionsmitglieder der FGPK gaben zu bedenken, dass bei Sparanträgen immer wieder bedacht werden muss, ob sie wirklich Einsparungen bringen oder ob die notwendigen Ausgaben einfach nach hinten verschoben werden und dabei in einigen Jahren doch getätigt werden müssen und dann oft teurer sind. Trotzdem stellten einzelne Kommissionsmitglieder die Frage, ob es nicht doch Möglichkeiten für weitere Streichungen gegeben hätte wie beispielsweise Investitionen, die wir nicht brauchen. Aber welche? Auch der Wunsch nach konkreten, messbaren Zielen im Finanzplan wurde gegenüber dem Gemeinderat geäussert. Sind noch bessere Priorisierungen möglich als im vorliegenden Finanzplan? Es sind alles keine einfachen Fragen.

Tatsache ist, dass Wohlen knappe Finanzen aufweist und wir Investitionen lange nicht getätigt haben. Diese stehen jetzt an, z.B. der Neubau von Schulraum und Turnhallen und die Sanierungen der Haldenschulhäuser und des Junkholzschulhauses und -turnhalle. Wir wissen, dass das jetzt unterwegs ist, jedoch

noch lange nicht fertig ist. Steuerfusserhöhungen sind sehr unbeliebt. Aber den Kopf in den Sand zu stecken und die schon lange nötigen Investitionen nicht zu tätigen oder die bereits bestehenden Schulden nicht wahrhaben zu wollen und den Berg einfach anwachsen zu lassen, findet die FGPK falsch.

Der vorgeschlagene Steuerfuss von 115% wurde in der Volksabstimmung abgelehnt, aber die Mehrheit der FGPK ist der Meinung, dass die Gemeinde Wohlen dieses Geld dringend benötigt und wir unglaublich sind, wenn wir nicht dazu stehen. Wir stellten in der Kommission fest, dass es dringend nötig ist, die Stimmbürger nochmals gezielt über unsere Finanzen zu informieren. Ich wiederhole deshalb nochmals den Antrag der FGPK, welcher wie folgt lautet: „Die FGPK empfiehlt und beantragt zugleich aus den obengenannten Gründen dem Einwohnerrat mit 6 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen dem vorliegenden Budget 2019 mit einem Steuerfuss von neu 115% zuzustimmen.“

Gregor Ariane, Gemeinderätin: Das Budget 2019 mit einem Steuerfuss von 115% wurde an der Volksabstimmung vom 25. November 2018 im Verhältnis 40 zu 60 abgelehnt. Gemäss Gemeindegesetz muss der Gemeinderat innert 60 Tagen über die Bücher und nochmals vor den Einwohnerrat gelangen. Der Gemeinderat hat sich intensiv mit dem Budget 2019 – 2. Vorlage auseinandergesetzt. Wir haben Ausgaben und Einnahmen gegenübergestellt und drei Szenarien von unseren Fachpersonen berechnen lassen. Und zwar Steuerfuss 110%, 113% und 115%.

Gemeinde Wohlen Budget 2019 2. Vorlage	ZIELE
LEISTUNGSANGEBOT AUFRECHTERHALTEN	
INFRASTRUKTUR ZEITGEMÄSS MODERNISIEREN	
ANGEMESSENE STEUERBELASTUNG	
AUSGEGLICHERER FINANZHAUSHALT	

Wir haben selbstverständlich das vom Einwohnerrat lobend zur kenntnisgenommene Legislaturprogramm bei der Neubeurteilung des Budgets 2019 für die 2. Vorlage miteinbezogen. Auch die langfristige Finanzplanung ist zwingend bei der Nachbehandlung des Budgets 2019 eingeflossen. Der Gemeinderat will, dass Wohlen das vielfältige Leistungsangebot aufrecht erhält und mit einer guten und zeitgemässen Infrastruktur attraktiv bleibt. Der Gemeinderat setzt auch weiterhin, wie im Finanzplan festgehalten, auf Werterhalt und Unterhalt.

BESCHLÜSSE EINWOHNERRATSSITZUNG VOM 15. OKTOBER 2018

Funktion Konto	Bezeichnung	Seite	Betrag CHF		Budget 2019 NEU	
			Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
			Änderungen			
0223.3130.02	Dienstleistungen Dritter	49	-28'800		90'000	
0290.3144.11	Unterhalt Hochbauten, a.o.	50	-30'000		80'000	
3413.3144.11	Unterhalt Hochbauten, a.o.	68	-25'000		105'000	
6150.3141.01	Unterhalt Strassen, Verkehrswege	72	-30'000		200'000	
9610.4451.00	Erträge aus Beteiligungen IB Wohlen AG	79		100'000		1'200'000
	Ertragsüberschuss		-113'800	100'000	2'716'200	

Bei der Neubeurteilung des Budget 2019 sind die beschlossenen Anträge des Einwohnerrates vom 15. Oktober 2018 eingeflossen. Die beschlossenen Einsparungen liegen bei satten CHF 113'800. Dazu kommt noch eine Erhöhung der Dividende aus der IB Wohlen AG um CHF 100'000. Wir kommen auf eine Budgetverbesserung von insgesamt CHF 213'800, welche vom Einwohnerrat gutgeheissen wurde.

ERFOLGSRECHNUNG: VERÄNDERUNGEN

Funktion Konto	Bezeichnung	Seite	Betrag CHF		Budget 2019 NEU	
			Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
1620.3612.10	Entschädigung an RZSO	55	-26'000		316'200	
6130.3631.00	Beiträge an Kanton	72	-40'000		80'000	
6150.3101.04	Betriebs-/Verbrauchsmaterialien, Signalisationen	72	-30'000		120'000	
6150.3132.00	Honorare, externe Berater, Gutachter	72	-30'000		120'000	
8120.3130.00	Strukturverbesserung, Dienstleistungen Dritter	78	-10'000		5'000	
8500.3130.00	Standortförderung	78	-8'000		57'000	
9100.4000.00	Einkommenssteuer natürliche Personen	78		-300'000		28'492'000
	Summe		-144'000	-300'000		
	./ Anteil SF und bbzf			-		
	Total Minderaufwand		-144'000			
	Total Mehrertrag			-300'000		

Weiter gibt es Reduktionen infolge neuer Erkenntnisse. Die erste Budgetierung datiert auf das 2. Quartal des Jahres. Es liegt in der Natur der Sache, dass Veränderungen oder eben Neuerkenntnisse in einem halben Jahr hervortreten.

Veränderung Neuerkenntnisse: - CHF 144'000 weniger Ausgaben
 Veränderung Steuerertrag: - Neuberechnung gemäss Veranlagungsstand Oktober 2018
 CHF +300'000
 - Reduktion Steuerfuss von 115% auf 113% ergibt CHF 600'000

Dies ergibt bei einem Steuerfuss von 113% ein Plus von CHF 300'000. Wenn man bei der Budgetierung von einem Steuerfuss von 110% ausgeht, hat man einen Minderertrag von CHF 1.2 Mio.

INVESTITIONSRECHNUNG: VERÄNDERUNGEN

Funktion Konto	Bezeichnung	Seite	Betrag CHF		Budget 2019 NEU	
			Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
			Aenderungen			
2171.5040.03	Halde, Projektierung Sanierung/Ersatzneubau	92	1'500'000		1'500'000	
6150.5010.11	Ersatzneubau Strassenbrücke Unterdorf Anglikon	94	560'000		560'000	
Abschluss						
9990.5900.00	Passivierte Einnahmen	95	-		-	
9990.6900.00	Aktivierte Ausgaben	95		2'060'000		15'770'700
	Total		2'060'000	2'060'000		

Auch bei den Investitionen gab es Veränderungen. Der Einwohnerrat hat noch im 2018 Verpflichtungskredite von über CHF 2 Mio. genehmigt. Dies führt zu einem höheren Finanzierungsfehlbetrag. In der ersten Budgetvorlage sprachen wir von CHF 9 Mio. Fremdfinanzierung. Im heute vorliegenden Budget sprechen wir von CHF 11.1 Mio.

GESAMTERGEBNIS ERFOLGSRECHNUNG

Einwohnergemeinde Wohlen
OHNE Spezialfinanzierungen

Dreistufiger Erfolgsausweis (in CHF)

Einwohnergemeinde Erfolgsrechnung OHNE Spezialfinanzierung	Budget 2019 CHF	Budget 2018 CHF	Rechnung 2017 CHF
Betrieblicher Aufwand	64'173'600	63'106'000	61'591'159
Betrieblicher Ertrag	62'853'600	60'814'600	59'474'830
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-1'320'000	-2'291'400	-2'116'329
Ergebnis aus Finanzierung	1'712'100	1'856'800	1'888'468
Operatives Ergebnis	392'100	-434'600	-227'861
Ausserordentliches Ergebnis	2'168'100	2'350'400	2'532'622
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung (+ = Ertragsüberschuss / - = Aufwandüberschuss)	2'560'200	1'915'800	2'304'761

Das Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung hat sich nicht wesentlich verbessert. Auch mit der zweimaligen Überarbeitung durch den Gemeinde- und Einwohnerrat nicht. Ersichtlich ist dies in einer Gegenüberstellung auf der Seite 38 des Budgets und in der Beilage 1. Es ist ersichtlich, dass sich die Zahlen kaum verändert haben. Die geringe Veränderung zeigt uns die Komplexität. Mehr als 90% sind gebundene Ausgaben wie beispielsweise durch Gesetze, kantonale und kommunale Volksabstimmungen und Einwohnerratsbeschlüsse. Es überrascht nicht, dass auch im Einwohnerrat keine Mehrheiten bei Sparanträgen zu finden waren. CHF 213'000 stehen gegenüber einem Umsatz von CHF 80 Mio. Es zeigt aber auch, dass das Budget 2019, schon die erste Fassung, fundiert erstellt wurde.

GESAMTERGEBNIS INVESTITIONSRECHNUNG

Einwohnergemeinde Wohlen
OHNE Spezialfinanzierungen

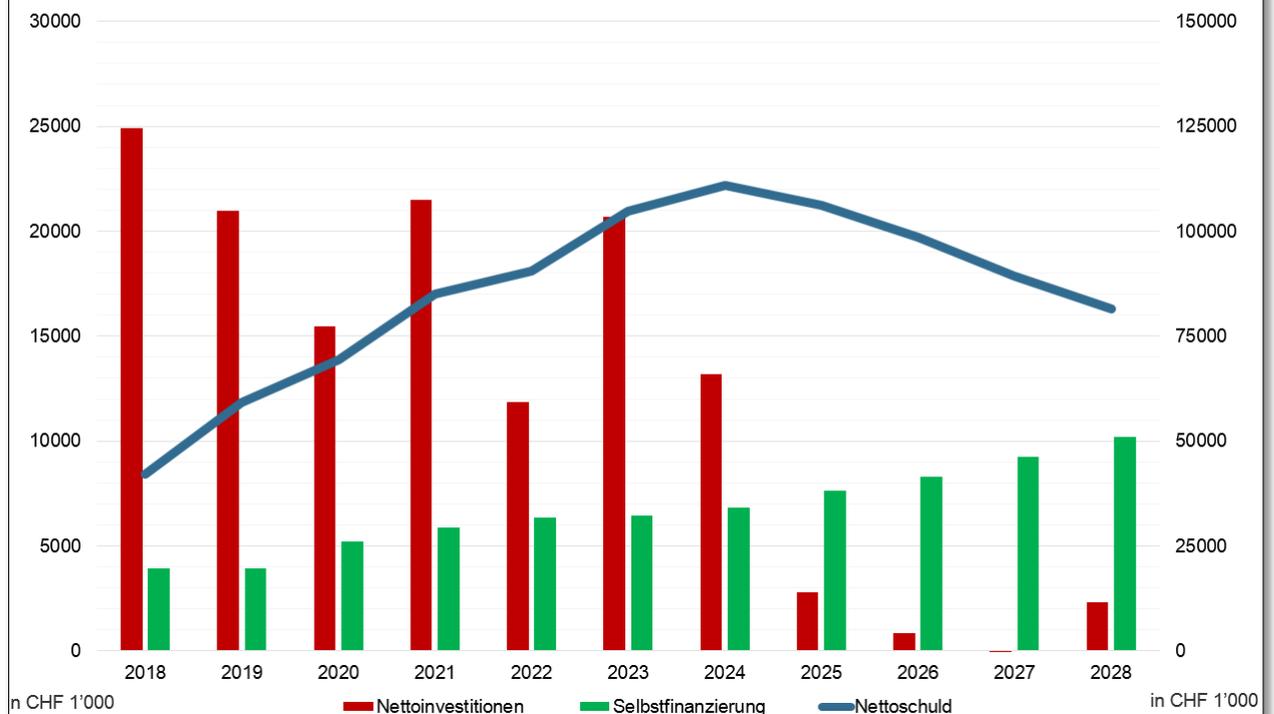
Finanzierungsausweis

Einwohnergemeinde Investitionsrechnung OHNE Spezialfinanzierungen	Budget 2019 CHF	Budget 2018 CHF	Rechnung 2017 CHF
Investitionsausgaben	15'770'700	10'853'000	15'039'777
Investitionseinnahmen	0	0	56'381
Ergebnis Investitionsrechnung	-15'770'700	-10'853'000	-14'983'396
Selbstfinanzierung	4'662'400	3'914'300	3'452'503
Finanzierungsergebnis (+ = Finanzierungsüberschuss / - = Finanzierungsfehlbetrag)	-11'108'300	-6'938'700	-11'530'893

Wir investieren im 2019 über CHF 15 Mio. in Werterhalt und unter anderem in die Projektierung Halde. Davon können CHF 4.6 Mio. selbst finanziert werden. Der Finanzierungsfehlbetrag führt zu einer Zunahme der Schulden. Wollen wir hoffen und beten, dass die Zinsen noch lange nicht ansteigen. Unsere Selbstfinanzierung im Budget 2019 liegt bei ca. 30% und sollte grundsätzlich nicht unter 50% fallen. Diese Zahlen belegen, dass mehr finanzielle Mittel erforderlich sind. Deshalb beantragt der Gemeinderat eine Steuerfusserhöhung!

FINANZPLAN

STEUERFUSS IM 2019: 113% / AB 2020: 115%



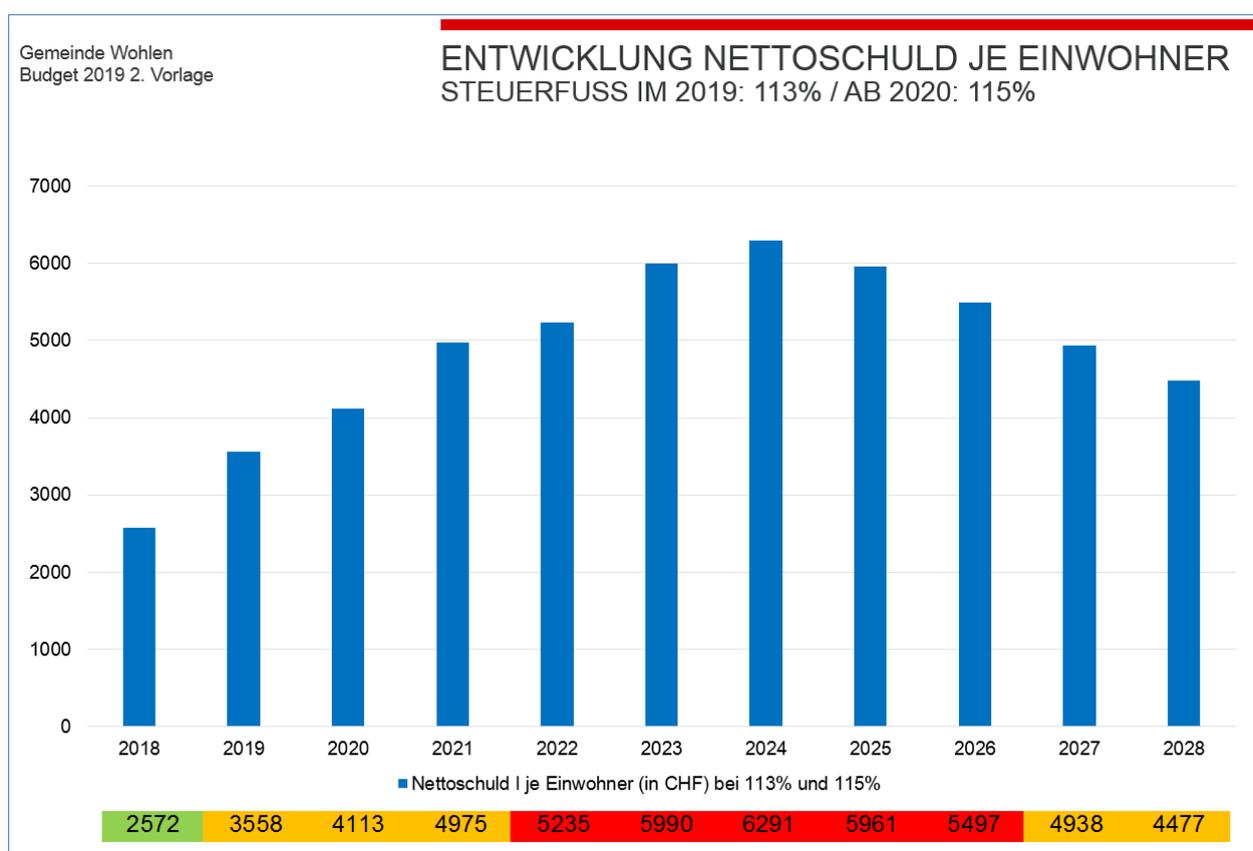
Der aktualisierte Finanzplan zeigt folgende Situation:

Rote Balken: zeigen die Nettoinvestitionen von insgesamt CHF 134.3 Mio. über die Planjahre.

Grüne Balken: zeigen unsere Selbstfinanzierung von insgesamt CHF 74 Mio. Dies entspricht nur einem Selbstfinanzierungsgrad von 55.1%. Langfristig sollten wir 70% oder mehr selbst finanzieren können.

Blaue Linie: zeigt die Entwicklung der Nettoschuld. Im 2024 übersteigt die Schuld die CHF 100 Mio.-Marke. Ab 2024 kann die Schuldrückzahlung angegangen werden, aber nur:

- wenn wir getreu an unserer Finanzplanung arbeiten, sprich keine weiteren Neuinvestitionen planen und ausführen
- wenn die Zinsen bleiben wie sie sind
- wenn wir mit einer Steuerfusserhöhung rechnen können.



Hier ist die Entwicklung der Nettoschuld ersichtlich. Die Nettoschuld pro Einwohner eingebettet in ein Ampelsystem. Es ist klar ersichtlich, dass zukünftig kein Spielraum für Neuentwicklungen angebracht ist.

- Grün = kann noch verantwortet werden
- Orange = hohe Verschuldung
- Rot = sehr hohe Verschuldung

Die Steuerzahlenden haben am 25. November 2018 entschieden, keinen Steuerfuss von 115% zu akzeptieren. Der Gemeinderat hat diesen Auftrag knurrend und nicht mit grosser Freude entgegengenommen. Der Gemeinderat beantragt im 2019 einen Steuerfuss von 113%. Es ist nicht einfach, die Gemeinde attraktiv zu halten, ohne noch grösseren Leistungsabbau zu betreiben. 55% unseres Haushaltsbudgets sind gebunden. Daran können wir nicht schrauben. 38% sind mehrheitlich gebundene Ausgaben und nur 7% der Ausgaben haben freiwilligen Charakter. In diesen 7% Ausgaben versteckt sich eben auch die Attraktivität einer Gemeinde.

ABWÄGEN UND ENTSCHEIDEN

110 %

113 %

115 %

?%

STEUERFUSS QUO VADIS

GENERATIONENVERTRAG

LEISTUNGSABBAU

FINANZ- UND LASTENAUSGLEICH

Sie entscheiden heute über die Höhe des Steuerfusses. Im Herbst letzten Jahres habe ich Ihnen nahegelegt, den Schuldenabbau nicht den Kindeskindern zu überlassen. Der sogenannte Generationenvertrag einzuhalten. Der Gemeinderat will den Leistungsabbau so gering wie möglich halten, damit die Gemeinde attraktiv bleibt. Der Finanz- und Lastenausgleich hat nichts mit dem Steuerfuss zu tun.

Der Gemeinderat bittet den Einwohnerrat sich für einen Steuerfuss von 113% zu entscheiden. Wir hoffen sehr, dass auch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für ein attraktives Wohlen einstehen und nicht zulassen, dass der Regierungsrat unsere Fäden in die Hand nehmen muss. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Fraktionsmeinungen

Dietrich-Meyer Stefanie, CVP: Einem neuen Schwimmbad und Eishalle sowie einem neuen Busbahnhof haben wir bereits zugestimmt. Es kommt ein neues Schulhaus, eine neue Turnhalle sowie weitere dringende Investitionen, welche noch für die nächsten Jahre anstehen. Nicht nur dies ist für eine Steuerfusserhöhung um 5% zwingend, sondern vor allem der wachsende Schuldenberg. Dieser muss verkleinert werden. Die Alternative wäre, dass man kein Geld mehr ausgibt, keine Schulen mehr baut, keine Strassen mehr saniert und Wohlen überhaupt nicht mehr weiterentwickelt. Aber wollen wir wirklich unseren nächsten Generationen ein verlottertes Wohlen mit hohen Schulden hinterlassen? Ich denke nicht!

Wir haben das Nein vom Volk gehört. Aber wir wünschen uns vom Volk, dass es nochmals genau mit Weitsicht und Verständnis hinschaut, um zu sehen, warum ein Steuerfuss in der Höhe von 115% notwendig ist. Die Wohler und die meisten Einwohnerratsmitglieder hier im Saal haben diesen obenerwähnten Projekten zugestimmt. Aus diesem Grund müssen wir auch jetzt unsere Zustimmung geben. Man kann nicht etwas bestellen oder bauen und dann die Rechnung dafür nicht bezahlen. Auch 113% hätten es schwer vor dem Volk. Diese würden ebenfalls keine Mehrheit finden, denn es ist eine Erhöhung. Wir denken, dass die Erhöhung der Hauptgrund für die Ablehnung ist. Einen tieferen und zwar 110%, das wäre fahrlässig für unseren Gemeindehaushalt. Das geht nicht. Wie wir bereits gehört haben, steht im Finanzplan, dass ab 2020 ein Steuerfuss von 115% notwendig ist. Der Vorrat in der Höhe von rund CHF 0.5 Mio., welcher geschafft werden kann, brauchen wir für die Zukunft. Aus diesem Grund bleiben wir klar unserer Meinung treu. Wie bereits in der ersten Budgetberatung mitgeteilt, möchten wir die wichtigen und dringenden Investitionen tätigen und unsere Verschuldung in Grenzen halten. Wohlen benötigt einen Steuerfuss von 115% und zwar auch schon für dieses Jahr. Die Fraktion CVP ist einstimmig für den Vorschlag der FGPK.

Sax Simon, GLP/EVP: Wir haben die Volksabstimmung vom 25. November 2018, bei welcher das Resultat bekannt ist. Wir hatten 2'374 Nein-Stimmen. Wie können diese Nein-Stimmen interpretiert werden? Wie viele haben das Budget studiert? Wie viele davon haben sich mit dem aktuellen Finanzhaushalt der Gemeinde oder der Perspektive, die der Finanzhaushalt aufzeigt, auseinandergesetzt? Auch die Frage ist, was die Nein-Stimmen wollten. Wollten diese vielleicht einen Steuerfuss von 113%? Oder doch lieber 110%? Oder vielleicht sogar 99%? Wer weiss das schon. Sie haben einfach Nein gesagt. Vielleicht gibt es auch ein gewisser Anteil, welcher grundsätzlich Nein sagt. Das ist eine Interpretation, welche wir nicht

abschliessend beantworten konnten. Es gab jedoch auch 1'645 Ja-Stimmen an der Volksabstimmung. Das sind 1'645 Personen oder 41% von den Personen, welche abgestimmt haben. Diese sind bereit für das Angebot und die Aufgaben unserer Gemeinde persönlich auch mehr zu bezahlen. Die Stimmbeteiligung an der Volksabstimmung lag bei 48%. Das sind rund 4'000 Personen. 52% beziehungsweise rund 4'300 Personen gingen nicht an die Urne. Was ist wohl die Meinung von diesen? Sind die dafür oder dagegen?

Es gibt eine weitere grundsätzliche Überlegung, die gemacht werden muss. Ich weiss nicht, ob diese gut ankommt. Ich möchte sie trotzdem gesagt haben. Und zwar geht es um die Sinnhaftigkeit eine Volksabstimmung bei einer Steuerfusserhöhung. Ich weiss es geht hier um die Demokratie und zu dieser stehe ich auch. Aber wenn man folgende Frage gestellt bekommt: „Möchtest du mehr bezahlen oder möchtest du weniger bezahlen?“ Dann dürfte es einen relativ grossen Anteil geben, der möglichst wenig bezahlen möchte oder am liebsten gar nichts. Somit möchte ich gerne profitieren, aber sicherlich nichts dafür bezahlen.

Nun kommen wir zu den konkreteren Überlegungen. Wir sind klar der Meinung, dass die grundsätzliche finanzielle Situation sich in der Gemeinde Wohlen für das Jahr 2019, aber auch für die folgenden Jahre gemäss Finanzplan, nicht wesentlich verändert. Man hat zwar einige Korrekturen vorgenommen. Aber es sind dunkle bis schwarze Wolken über dem Finanzhaushalt von Wohlen, welche in den nächsten Jahren auf uns zukommen werden. Wir haben massive Finanzierungsfehlbeträge. Wir können ein Kreuz an die Decke machen, das der Zinssatz momentan sehr tief ist. Ariane Gregor hat bereits mitgeteilt, was passiert, wenn dies kehrt.

Wir sind der Meinung, dass die Gemeinde Wohlen 115% Steuereinnahmen benötigt. Möglichst viel, da der Schuldenberg deutlich über CHF 100 Mio. ansteigen wird. Da drin enthalten sind keine Investitionen, die in ein paar Jahren noch kommen könnten. Was machen wir mit der Volksmeinung, welche an der letzten Volksabstimmung Nein zum Budget gesagt hat? Beugen wir uns jetzt dieser Volksmeinung, obwohl wir einleitend ausgeführt haben, dass wir nicht wissen, was die Volksmeinung wünscht? Die Meisten möchten vermutlich am liebsten gar nichts bezahlen. Oder sollen wir konsequent bleiben, so wie es die FGPK vorschlägt, und sagen, dass die Gemeinde Wohlen Geld benötigt. Es kann nicht genug sein, daher 115%. Ich kann es kurz und schmerzlos machen. Wir sind uns nicht einig. Die Meinung ist klar, dass wir 115% benötigen. Jetzt wird es als „tröteln“ angeschaut, wenn wir wieder mit einem Steuerfuss von 115% kommen. Die Meinung der einen war, ob man überhaupt nochmals mit 115% kommen kann. Und die anderen sind der Meinung, dass es nichts anderes als sinnvoll und eine logische Konsequenz ist, dass es wieder 115% sein muss. Das sind die zwei Herzen, welche in unserer Brust schlagen.

Wenn wir am meisten sparen möchten, sollte man das Budget ganz ablehnen. Auch das ist wieder sehr provokativ. Ich weiss, dass die Demokratie etc. alles gut ist. Aber am meisten würde man einsparen, wenn es gar keine Volksabstimmung geben würde. Mehrere Zehntausende Franken kosten das Drucken, der Versand sowie das Auszählen. Wir werden nachher sehen, was daraus resultiert. Dadurch hätte man auf jeden Fall Geld gespart. Jedoch bin ich der Ansicht, dass dies nicht Mehrheitsfähig ist und dass man dies gar nicht erwähnen hätte dürfen.

Matter Schlein Franziska, Grüne: Wir haben gehört, dass die laufenden und bevorstehenden grossen Investitionen ohne Steuerfusserhöhung nicht zu bewältigen sind. Die Einwohner haben diese Investitionen gutgeheissen. Diese müssen nun auch berappt werden. Dass Wohlen in den Werterhalt der vorhandenen Infrastruktur investieren muss, scheint uns unumgänglich und das ist gegenüber unseren Nachkommen nur verantwortungsvoll. Wohlen hat zu lange zu wenig gemacht. Die Verschuldung von unserem Dorf darf nicht im gleichen Tempo weitergehen wie bis anhin. Die Gemeinde Wohlen benötigt dringend höhere Einnahmen um diesen grossen finanziellen Herausforderungen gerecht zu werden. Wir sind darum einstimmig für die Erhöhung des Steuerfusses auf 115%.

Geissmann Thomas, FDP/Dorfteil Anglikon: Ich war in den letzten vier Tagen im Intensiv Meditationskurs. Ich habe keine Sekunde an Politik gedacht. Das hat mir sehr gut getan, weshalb ich es jedem empfehlen kann. Dummerweise bin ich gestern Abend zurückgekommen und habe die Zeitungen aufgeschlagen. Ich habe wieder relativ schnell zurück in die Realität gefunden als ich all die Berichte und Positionen über das Budget gelesen habe. Ich denke die folgende Debatte wird sich weniger um Sparanträge und weitere Auseinandersetzungen über Kosten drehen, sondern mehr um den Steuerfuss. Daher eine kleine auslege Ordnung.

Auf der einen Seite haben wir den Gemeinderat, welcher seine Hausaufgaben erledigt hat. Er hat das Budget überarbeitet und beantragt einen Steuerfuss von 113%. Ein Steuerfuss von 115% ist nicht möglich.

Der Gemeinderat bringt auch Kosteneinsparungen. Selbstverständlich wird dies nicht als Kosteneinsparung dargestellt, da man Mantra mässig während Jahren immer gesagt hat, dass die Luft draussen ist oder dass die Zitrone ausgepresst ist. Dann kann man jetzt natürlich nicht einfach sagen, dass man doch noch etwas gefunden hat. Es ist eine neue Informationsbasis und aufgrund dessen hat man noch etwas gefunden. Auch die Steuereinnahmen konnte man optimistischer budgetieren. Das wiederum ist nachvollziehbar, denn immerhin sind zwei Monate vergangen. Offenbar sieht das Steuerjahr 2018 gar nicht so schlecht aus.

Die FGPK hat einen Bericht erstellt, welcher vermutlich der kürzeste ist, den es je gegeben hat in der Geschichte der FGPK bzw. der Vorgängerkommission. Es ist ein Thema, welches extrem bewegt. Wir haben hier ein paar wenige Zeilen und mir wäre es lieber gewesen, wenn sie eine Zeile weggelassen hätten und zwar folgende: *„Wir beantragen einen Steuerfuss von 115%.“*

Dann haben wir eine Mitte-links, welche der FGPK folgt und auch 115% möchte. Wir haben die SVP, welche kategorisch jegliche Steuererhöhung ablehnt, egal was passiert. Ich glaube die geringste Überraschung kommt von unserer Seite. Wir beantragen einen Steuerfuss von 113%, wie wir auch schon vor zwei Monaten gefordert haben. Somit haben wir die Auslegeordnung. Alle die etwas zu sagen hatten, kamen zu Wort. Es kommt mir nur noch jemand in den Sinn und zwar das Stimmvolk, welches sich auch geäussert hat. Im §4 der Gemeindeordnung steht:

„Die Gesamtheit der Stimmberechtigten ist das oberste Organ der Gemeinde.“

Und wenn ich dann eine Medienmitteilung der CVP lese, wird mir schon ein bisschen übel. Die CVP würdigt den Volksentscheid, folgt dann aber der Meinung der FGPK, obwohl die höchste Instanz unserer Gemeinde zu einem Steuerfuss von 115% Nein gesagt hat. Das ist einfach nur unglaublich. Es geht jedoch noch weiter und es wird auf die höheren Investitionen, die hohe Verschuldung und dass keine weiteren Kosteneinsparungen möglich sind, hingewiesen. Das ist für die Partei eine feste Wahrheit wie ein Elftes Gebot. Es ist mir unverständlich, wie die CVP der Annahme sein kann, dass Kosteneinsparungen nicht möglich sind. Sie haben dies vielleicht einfach vom Gemeinderat übernommen. Mich hat jemand nach einem Argument gegen einen Steuerfuss von 115% gefragt. Meine Antwort war ganz einfach. Das Volk hat Nein zu einem Steuerfuss von 115% gesagt. Dies reicht bereits. Dann kann man schlichtweg nicht nochmals dasselbe bringen.

Die FGPK bringt ein taktisches Spiel, welches sehr offenkundig ist. Die FGPK weiss ganz genau, dass das Volk einer zweiten Vorlage des Budgets, welches sogar noch besser aussieht respektive einen höheren Cash Flow aufweist, mit einem Steuerfuss von 115% nicht zustimmen wird. Anders ist es gar nicht möglich. Sie haben vor zwei Monaten Nein gesagt. Somit wird jetzt sicher nicht eine neue Einsicht kommen, zumal das Budget 2019 noch besser ausfällt. Die FGPK spekuliert einfach, so dass das Budget vor den Regierungsrat geht und dieser es dann mit einem Steuerfuss von 115% genehmigt. Das kann man durchaus machen. Es gehört zur politischen Realität. Immerhin haben sie es bereits geschafft, die CVP sowie grosse Teile von Mitte links zu überzeugen. Ein Problem haben wir jedoch dabei. Wir geben unsere Selbstständigkeit auf. Die Gemeinde Wohlen ist nicht mehr im Stande, ein Budget auszuarbeiten und einen Steuerfuss festzulegen, welcher eine breite Akzeptanz findet. Das ist eigentlich ein Trauerspiel. Dann geht es eben doch auch um Demokratie wie Simon Sax bereits erwähnt hat. Die Demokratie wurde erkämpft und heisst „one Man one Vote!“ Das heisst, dass wir hier über das, was in unserer Gemeinde vor sich geht, respektive was wir ausgeben möchten und wie viel Steuern wir bezahlen wollen, selber befinden. Und genau das geben wir aus der Hand. Als letztes geht es noch um unseren Stolz. Es gab mal eine Zeit, da sind die Wohler mit den Freiämtern nach Aarau marschiert, da sie mit gewissen Sachen nicht einverstanden waren. Und jetzt lassen wir Aarau unseren Steuerfuss festlegen. Den Steuerfuss von 110%, welcher von der SVP vorgeschlagen wird, ist nicht Mehrheitsfähig. Selbst, wenn wir dem zustimmen würden, weiss die SVP, dass dies chancenlos ist. Wenn ich hier zuhöre, ist 115% Mehrheitsfähig. Wunderbar! Einen ganz kleinen Makel hat es jedoch. Es widerspricht dem Volkswillen. Das Stimmvolk hat Nein gesagt. Aus diesem Grund legen wir Ihnen ans Herz, dass Sie unserem Kompromissvorschlag, welcher sinnvoll und vernünftig ist, zustimmen. Folgen Sie dem gemeinderätlichen Antrag mit 113%. Ich habe zum Abschluss noch eine grosse Bitte. Ich weiss, dass die SVP das Budget mit einem Steuerfuss von 110% durchsetzen möchte. Dies wird jedoch nicht gelingen. Wenn Sie sich jetzt einfach enthalten, heisst dies nichts anderes, als dass Sie die Stimme für 115% geben. Das müssen Sie gegenüber Ihren Wählern verantworten. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass die AHA-Motion umgesetzt werden soll.

Christen Peter, SVP: No surprise! Wir stehen nach wie vor zu einem Steuerfuss von 110%. Wir stehen hinter dem Volk. Das Volk wollte das. Wir werden keinen Kompromiss eingehen. Im ausführlichen Bericht von Gemeinderätin Ariane Gregor wurde erwähnt, dass wir bei zukünftigen Zinsen hoffen und beten sollen. Ich kann dazu nur eines sagen: „Hope is no strategy!“ Ich beziehe mich auf die angesprochene Spekulation,

dass das Budget vor den Regierungsrat gehen soll. Das war uns von Anfang an klar. Das ist das erklärte Ziel. Was kann der Gemeinderat verlieren, wenn er 113% und 115% zur Auswahl hat? Eines von beiden bekommt er sowieso. Und das unterstützen wir sicherlich nicht.

Ich habe noch etwas Grundsätzliches zur FGPK. Als wir gehört und diskutiert haben, dass wieder der Steuerfuss von 115% vor das Volk kommen soll, haben wir uns gedacht, dass dies ein Schildbürgerstreich ist. Wir fragen uns, ob diese Personen den Wählern von Wohlen zuhören, was sie möchten. Da kommen uns ein paar Worte in den Sinn wie Bevormundung oder „Zwängele“. Das wird uns sehr oft nachgesagt. Aber hier kann man jetzt den Spiess wirklich drehen. Wir haben erneut dieselben Personen, welche abstimmen gehen. Vergessen Sie dies bitte nicht. Es sind vielleicht ein paar mehr oder ein paar weniger. Passen wir auf, dass wir unsere Wähler nicht wütend machen. Ansonsten haben diese irgendwann das Gefühl, dass sie nicht mehr abstimmen müssen, denn die machen sowieso was sie wollen.

Stirnemann Alex, SP: Wir danken dem Gemeinderat für die rasche Überarbeitung des Budgets und für die zweite repräsentierte Vorlage. Nachdem die erste Vorlage am Volk gescheitert ist, liegt uns nun die zweite Vorlage vor, in welcher der Gemeinderat versucht hat, das Budget in Form von Einsparungen zu optimieren. Bei dieser Arbeit ist er gescheitert. Nicht – weil er unvermögend wäre grundsätzlich zu sparen. Nein, er ist gescheitert, weil bereits die erste Vorlage auf ein bedachtes Minimum abgespeckt wurde.

Beim vorgeschlagenen Steuerfuss von 113% fragen wir uns, was uns das überhaupt bringen soll. Die Steuern werden wohl erhöht und doch wissen wir genau, dass dies nicht reichen wird, wenn wir längerfristig nicht in einen finanziellen Teufelskreis reiten möchten. Der Finanzplan zeigt es auf. Verbessern wir unser Budget nicht auf der Einkommenseite, schlägt eines Tages der Bumerang zurück. Für diesen wollen wir nicht verantwortlich sein. In der ersten Vorlage haben wir und die Mehrheit im Rat dem Volk einen Steuerfuss von 115% empfohlen. Und zwar, weil wir die bevorstehende Verschuldung möglichst tief halten möchten und sie nach einer absehbaren Zeit wieder beheben möchten. Der langfristige Blick zeigt auf, dass sich daran auch mit dem neuen Budget nichts geändert hat.

Wir können nicht mit gutem Gewissen unseren Einwohnern raten, die Bekämpfung der Verschuldung auf die lange Bank zu schieben. Wir sind Einwohnerräte und geben dem Volk einen Rat ab, was sie mit unseren Gemeindefinanzen anfangen sollen. Wir geben den Rat. Würden wir nun einen Steuerfuss von 113% unterstützen bleibt die Frage, wie ernst war es uns eigentlich mit einem Steuerfuss von 115%. Wir dürfen uns nicht auf einen Handel einlassen. Zuerst zeigen wir auf, dass wir, um alles zu finanzieren, einen Steuerfuss von 115% benötigen und wenn dann das Gegenüber Nein sagt, dann gehen wir runter. Am Schluss raten wir Ihnen einen Steuerfuss von 100% oder von 99%. Das ist doch keine Art. Wir sind diejenigen, welche genau hinschauen und im Anschluss einen Rat abgeben. Was der Einwohnerrat, der Gemeinderat und die FGPK entscheiden, ist letztlich keine Diktatur. Solange es keine Diktatur der Räte ist und das Volk das letzte Wort hat, haben wir keine Mühe ganz genau hinzuschauen und das zu raten, was wir als richtig erachten. Die FGPK ist konsequent geblieben und hat ihr Gesicht bewahrt. Angesichts der Ausgangslage hat sie uns erneut eine Steuerfusserhöhung um 5% empfohlen. Die SP sieht dies ebenso und wird den Antrag der FGPK unterstützen. Der Steuerfuss von 115% war kein Vorwand, es ist unser ernst, unsere Strategie und der einzige gangbare Weg für Wohlen, um die Verschuldung nicht aus dem Ruder laufen zulassen. Verleihen wir unserem bisherigen Standpunkt, welcher korrekt ist, ein bisschen Nachdruck. Zeigen wir ein bisschen Standhaftigkeit und geben nicht ein. Stehen wir zu dem, was wir von Anfang an gesagt haben und für richtig hielten. Geben wir unseren Rat dem Volk so ab.

Einzelvoten

Lütolf Harry, CVP: Wir hätten es eigentlich erwarten können, dass wir Schelten einstecken dürfen von der FDP. Wir von der CVP-Fraktion wollten mit unserer Haltung Verantwortung tragen. Es ist die Aufgabe eines Parlamentes, Verantwortung zu tragen. Wir sind für vier Jahre vom Volk gewählt um hinzustehen, die Sachlage genau analysieren, zu studieren sowie die Hintergründe anzuschauen. Im Anschluss ist ein weiser Entscheid zu fällen. Diese Verantwortung müssen wir tragen. Vorliegend geht es nicht darum, bei den nächsten Einwohnerratswahlen im Jahr 2021 gut dazustehen und den Leuten Honig um den Bart zu streichen. Der vom Gemeinderat und von der FDP vorgeschlagene Steuerfuss von 113% ist nicht vernünftig. Es geht nicht darum einen Deal zu machen, so dass wir Einwohnerräte im 2021 wieder gewählt werden. Genau das wollten wir nicht. Lieber ist uns, wenn uns das Volk nicht mehr wählt, als dass wir unsere Haut verkaufen. Es ist nicht clever für einen Steuerfuss von 113% hinzustehen, denn auch dieser wird an einer Volksabstimmung vermutlich abgelehnt. Auch ein Steuerfuss von 113% kann fallieren und gestaltet sich das Spiel am Ende genau gleich. Das Budget 2019 wird nach Aarau geschickt. Ich frage mich, was dann gewonnen sein soll. Nichts, ausser dass wir unsere Haut verkaufen haben! Wir hätten unsere Seele für

etwas verkaufen müssen, das nicht aufgeht. Ich habe einen kleinen Sohn. Andere hier drin haben vielleicht auch kleine Kinder. Wir wollten diesen kleinen Kindern nicht einfach mehr Schulden aufbürden. Und auf genau das würde es nämlich hinauslaufen. Wenn der Einwohnerrat nun einen Steuerfuss von 113% oder sogar von 110% absegnen würde. So erhalten unsere Kinder in der Zukunft einfach mehr Schulden und dies wollen wir keinesfalls. Das Volk hat zu verschiedensten Projekten Ja gesagt und es wird auch künftig zu weiteren Projekten Ja sagen. Zum Beispiel muss ein neues Schulhaus gebaut werden. Dies könnte übrigens schon lange an der Pilatusstrasse stehen. Wir bezahlen jedes Jahr am Oberdorfweg CHF 300'000 Mietzins für nichts und wieder nichts. Dieses Geld hätten wir auch einsparen können. Die FDP hat in der ersten Beratung einige Anträge gebracht. Das ist schön und gut, jedoch ist wenig dabei herausgekommen. Ich erinnere mich, dass sie etwa ein Drittel der Anträge zurückziehen mussten, da sie in der Debatte erkannt haben, dass es doch nicht so ganz vernünftig ist, was sie uns vorgeschlagen haben. Die restlichen Anträge sind etwa zur Hälfte angenommen worden. Übrig geblieben ist unter dem Strich jedoch am Ende nichts. Auf jeden Fall nicht so viel, dass es gerechtfertigt wäre, den Steuerfuss auf 113% festzusetzen. Ein Steuerfuss von 110% ist nicht verantwortbar. Dies möchte ich nicht später einmal meinen Kindern verkaufen müssen. Die CVP möchte nachhaltig Politik betreiben. Es wäre nicht nachhaltig, wenn wir so vorgehen würden, wie es vom Gemeinderat vorgeschlagen wird oder von der FDP beliebt gemacht wird. Die SVP steht ja sowieso nicht dahinter.

Pascolin Laura, SP: Ich glaube es ist kein Geheimnis, dass Steuerfusserhöhungen vor dem Volk generell abgelehnt werden. Das sind historische Fakten. Das ändert aber nichts daran, dass Wohlen Geld braucht. Wenn ich es noch richtig in Erinnerung habe, haben das Volk und der Einwohnerrat mehrheitlich den Grossprojekten zugestimmt. Der Gemeinderat hat auch transparent kommuniziert, dass die Realisierung dieser Grossprojekte mit einer Steuerfusserhöhung verknüpft ist. Ich bin zum Schluss gekommen, dass ein Steuerfuss von 110% zu massiven Schulden führen wird, welche die nächste Generation tragen muss. Ein Steuerfuss von 113% wäre eine Option. Dies wird aber wahrscheinlich vom Volk abgelehnt und mit einem Steuerfuss von 115% würde die Selbstfinanzierung verbessert werden. Dies wird jedoch vom Volk klar erneut abgelehnt werden. Die erwähnten Steuerfussätze haben alle Vor- und Nachteile. Was mir wirklich Sorgen bereitet ist, dass wenn unserer Stimmbürger an der Urne das Budget mit 113% oder 115% ablehnen, dass dann der Regierungsrat entscheidet. Dank der schlechten Finanzlage könnte der Regierungsrat uns auch einen noch höheren Steuerfuss aufzwingen. Ein Beispiel im 2012 war die Gemeinde Umiken. Ursprünglich war ein Steuersprung von 109% auf 121% vorgesehen. Dies wurde natürlich vom Volk abgelehnt. Der Regierungsrat verordnete dann einen Rekord-Steuerfuss von 126%. Ich möchte gerne vom Gemeinderat wissen, wie er die Chance einschätzt, dass der Regierungsrat einen noch höheren Steuerfuss als 115% verordnet. Notabene, ich unterstütze das Budget mit einem Steuerfuss von 115%, aber bei einem Steuerfuss von 120% wäre meine Schmerzgrenze bei weitem überschritten.

Muff Josef, SP: In der Vergangenheit habe ich dies im Einwohnerrat bereits schon mehrmals erwähnt und erleben müssen. Ich wiederhole dies jedoch gerne nochmals. Als die Gemeinde Wohlen einen tieferen Steuerfuss aufwies, hatte sie Schulden im Umfang von CHF 44 Mio. Aufgrund der Tatsache, dass die Zinsfüsse derzeit sehr niedrig sind, bezahlen wir entsprechend wenig. Als wir dazumal einen Schuldenberg von CHF 44 Mio. aufzuweisen hatten, mussten wir Zinsen im Umfang von CHF 1.9 Mio. bezahlen. Ich frage mich, ob Sie es wirklich so weit kommen lassen möchten und ob die FDP bereit ist, die Schulden abzubauen. Nur die Motion AHA umzusetzen bringt nichts, es müssen umsetzbare Vorschläge eingebracht werden. Ansonsten sind Sie bitte so konsequent und fragen beim Volk nach, was wir noch machen können. Ich verstehe dies einfach nicht. Ich habe das Gefühl, dass im Einwohnerrat der Steuerfuss nicht für das Volk gemacht wird, sondern für die Mitglieder selbst. Vermutlich hat sogar jeder mindestens CHF 1 Mio. Einkommen. Dort schenkt es ein. Bei mir macht es nicht viel aus. Ich bezahle vielleicht CHF 40.00 bis CHF 50.00 mehr, was ein minimaler Unterschied ausmacht. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir mit dem Geld wirklich über die Runden kommen. All diejenigen, welche schon länger in der Politik tätig sind wissen, dass wir das Budget mit einem Steuerfuss von 117%, von 115%, von 120% oder sogar mit 99% machen könnten. Es fragt sich jedoch einfach, was dabei am Ende daraus resultiert. Es wäre auch interessant von der SVP zu hören, ob und wann sie bereit sind die Schulden abzubauen. Vielleicht sollten die Schulden einfach weitergegeben werden, mitsamt der Umwelt, welche wir in der Zwischenzeit kaputt gemacht haben.

Geissmann Thomas, FDP: Es sind jetzt einige Worte gefallen, welche nicht unwidersprochen bleiben können. Es werden hier zwei Karten gespielt. Eine davon sind höhere Schulden und die Weitergabe an die nächsten Generationen. Das ist absolut richtig, denn dies habe ich selbst auch schon gesagt. Wir haben immer ganz klar kommuniziert, dass Kosten eingespart werden müssen. Diesen Weg sind wir jedoch nie gegangen. Josef Muff ich glaube, dass wir genug Vorschläge gebracht haben. Die SVP behauptet, dass unsere Sparanträge nicht gut genug gewesen waren. So kann man es natürlich auch auslegen. Endlich haben wir hier im Einwohnerrat eine Verantwortung. Wir hatten mehrmals die Möglichkeit, gewisse Projekte

nicht zu genehmigen. Die Eingangspforte in Anglikon wurde im letzten Wahljahr abgelehnt. Im neuen Wahljahr wurde man ja bereits gewählt, weshalb sie angenommen wurde. Die Verantwortung tragen die Mitglieder des Einwohnerrates. Bei der Ablehnung des Budgets mit einem Steuerfuss von 115% durch das Stimmvolk handelte es sich nicht einfach um eine Befragung oder um eine Anhörung, sondern das ist ein Volksverdikt. Vorhin wurde gesagt, dass ein Steuerfuss von 115% gewünscht wird und dass man sich nicht auf einem Basar befindet. Das ist nichts anderes als Überheblichkeit. Den Steuerfuss in der Höhe von 115% wollte das Volk nicht. Das Volk möchte, dass man Kosten einspart. Das ist meine Auslegung und dies ist auch legitim. Wir tragen hier die Verantwortung. Wir befinden uns am Anfang der Legislatur. Ich behaupte, dass Harry Lütolf kurz vor den Wahlen eine solche Aussage nicht gemacht hätte. Dann wäre auch eine CVP vorsichtiger gewesen, was man für einen Steuerfuss festlegt. Das ist meine Replik zu gewissen Aussagen, welche getätigt wurden.

Gregor Ariane, Gemeinderätin: Ich möchte gerne die Frage von Laura Pascolin beantworten. Es ist nur schwer eine Annahme zu treffen, wie der Regierungsrat betreffend der Festlegung des Steuerfusses für die Gemeinde Wohlen entscheiden wird. Man könnte genauso gut Kaffeesatzlesen. Ich kann die Frage somit nicht beantworten. Seit der neuen Rechnungslegung ist es bislang in den Aargauer Gemeinden noch nie so weit gekommen. Anhand des Finanzplanes, des Budgets und des Legislaturprogrammes kann der Regierungsrat die finanzielle Lage betrachten, beurteilen und einschätzen. Ich vermute, dass es auf einem Steuerfuss von 113% oder von 115% hinauslaufen wird.

Läufer Marc, SVP: Ich frage mich, welcher Teil vom Volks-Nein nicht verständlich ist. Wenn das Volk Nein zum Budget mit einem Steuerfuss von 115% sagt, dann bedeutet dies nach meinem mein Demokratieverständnis, dass das Volk dies nicht möchte. Wenn wir nun wieder mit einem Steuerfuss von 115% an das Volk gelangen, ist dies für mich wirklich eine Zwängerei von uns. Wir haben vorher das Kaffeesatzlesen gehört. Und zwar warum die einen so und die anderen so abgestimmt haben. Ich frage mich, warum 52% überhaupt nicht abgestimmt haben. Vielleicht weil wir hier sowieso machen, was wir möchten.

Steiner Annalise, SVP: Ich denke, ich habe ein gutes Gespür dafür, was das Volk gerne möchte. Ich spreche auch oft mit dem „Fussvolk“. Der Einwohnerrat muss lernen bescheidener zu werden und vor allem bescheidener zu planen. Klar wollte die Bevölkerung ein saniertes Schwimmbad, es war ja auch dringend nötig. Aber nicht immer das Teuerste ist das Beste. Weniger ist manchmal mehr. Wohlen ist keine Luxus-Gemeinde, welche immer nur das Beste benötigt. Und genau das müssen wir hier lernen. Wir müssen bescheidener planen und sparsamer ausführen. Dann hat das Volk wieder Vertrauen in den Einwohnerrat.

Hoffmann Thomas, FDP: Ich habe einen Budgetvergleich von der ersten zur zweiten Vorlage erstellt. Wir hatten ein operatives Ergebnis in der ersten Vorlage von CHF 330'000 und in der zweiten Vorlage von CHF 390'000. Es ist somit um CHF 60'000 besser und das bei einem um 2% verbesserten Steuerfuss. Wir weisen ein Gesamtergebnis von CHF 2.5 Mio. aus und jetzt eines von CHF 2.56 Mio. Somit ist es CHF 60'000 besser und das bei einem um 2% verbesserten Steuerfuss. In der ersten Vorlage betrug die Selbstfinanzierung CHF 4.6 Mio. und jetzt beträgt sie CHF 4.66 Mio. Das sind CHF 60'000 besser, bei 2% weniger Steuerfuss. Das Finanzierungsergebnis war minus CHF 11.16 und jetzt minus CHF 11.1 Mio. Wie Sie wissen, CHF 60'000 besser bei 2% weniger Steuerfuss. Die Nettoschuld war CHF 37.13 Mio. und jetzt liegt sie noch bei CHF 37.07 Mio. Also erneut CHF 60'000 besser bei 2% weniger Steuerfuss.

Die erste Vorlage wurde ohne Änderungsantrag von der FGPK angenommen. Die CVP hat ebenfalls ohne Widerspruch und ohne Anträge die Zustimmung für die erste Vorlage erteilt und jetzt wird die zweite Vorlage als ungenügend beurteilt und es wird ein höherer Steuerfuss verlangt. Und dies obwohl die zweite Vorlage besser ist als die erste. Ich frage mich, was der Ausschlag für den Sinneswandel ist. Ich habe das Gefühl, dass man das Budget nicht genau angeschaut hat oder man hat es nicht verstanden. Oder es ist einfach ein „tröteln“ bei den 115% Steuerprozenten. Für all das habe ich kein Verständnis. Jetzt kommt dann der Einwand, dass man in die Zukunft schauen muss und weitsichtig denken. Bei all den Investitionen und Projekten, die Wohlen noch machen möchte, reicht ein Steuerfuss von 113% nicht aus. Wenn man im Finanzplan die Budgetzahlen der zweiten Vorlage einträgt und mit den gleichen Parameter aufrechnet, frage ich mich, was passiert dann. Es sind Zukunftszahlen, welche analog diesen vom Gemeinderat entsprechen. Die Ausgangslage hat sich verändert. Das Gesamtergebnis bleibt im Grossen und Ganzen unverändert. Die Selbstfinanzierung bleibt ebenfalls im Wesentlichen unverändert. Auch die Nettoschulden werden einmal auf einen Höchststand ansteigen, welche nachher wieder abnehmen wird. Der Steuerfuss von 113% reicht weit in die Zukunft.

Also mein Fazit. Die zweite Budgetvorlage des Gemeinderates ist besser als die erste. Und dies sogar mit einem tieferen Steuerfuss. Der Finanzplan ändert sich nicht wesentlich. Auch die finanzpolitischen Ziele des Gemeinderates gemäss Legislaturprogramm sind erfüllt. Weshalb man die erste Vorlage einfach durch

winken wollte und die zweite Vorlage, welche besser ist, bekämpfen möchte, ist für mich nach wie vor unverständlich. Es ist klar, dass die Mitte-links einen Steuerfuss von 115% unterstützt. Dies wurde jedoch vom Stimmbürger klar abgelehnt. Das zeigt für mich mangelndes Demokratieverständnis. Oder einfach, dass die Einwohnerratswahl noch so weit entfernt ist, dass man jetzt den Wähler nicht ernstnimmt und ganz langsam über den Tisch zieht.

Stirnemann Alex, SP: Thomas Hoffmann Sie haben es gewittert. Ich werde Ihnen gerne im Verständnis helfen. Wenn es nur um das Jahr 2019 gehen würde und man auch nur so weit schauen würde, dann wäre ich vermutlich sogar für einen Steuerfuss von 110%. Dann wäre gar nicht mehr notwendig. Es geht jedoch nicht nur um ein Jahr. Es geht darum, dass wir Investitionen haben, welche bereits beschlossen sind. Es entstehen dabei Kosten, welche wir jetzt vernünftig zurückbezahlen wollen.

Es wurde bereits seitens der SVP in der Zeitung erwähnt. Da sind Wörter wie „Arroganz“ und heute in der Debatte „Überheblichkeit“ gegen über dem Volk genannt worden. Wir haben uns dies natürlich auch überlegt. Ist es überheblich oder arrogant erneut dasselbe zu bringen? Wir sind ja auch nicht ganz auf den Kopf gefallen. Wir denken, es ist nicht überheblich. Es wäre vermutlich überheblich, wenn der Einwohnerrat heute Nägel mit Köpfen machen dürfte und einfach das gelten würde, was der Einwohnerrat heute beschliesst. Wir sind die, welche dem Volk einen Rat geben. Und da müssen wir nicht zuhören, was das Volk uns für einen Rat gibt.

Detailberatung

Seite 72, Konto 1.5790.3637.01 Finanzierung nicht bezahlter Krankenkassenprämien und Kostenbeteiligungen

Lütolf Harry, CVP: Es ist insofern interessant als das Morgen die Gesundheitskommission vom Grossen Rat die nächste Prämienverbilligungsrunde diskutieren wird. Wenn es weniger Prämienvergünstigung für weniger Personen gibt, dann besteht ein gewisses Risiko. Und zwar dass die Krankenkassenprämien von den einzelnen Bürgerinnen und Bürger nicht mehr bezahlt werden können und dass dann genau unter dieser Position die Gemeinden dafür geradestehen müssen. Und dies in einem Umfang von 85% der Ausfälle. Die Prämien werden nicht bezahlt, woraufhin es zu einer Betreibung kommt. Am Schluss entsteht daraus ein Verlustschein, weshalb die Gemeinde 85% davon tragen muss. Wir haben hier eine wachsende Position. Mit Vergleich auf das Vorjahresbudget ist es mehr als eine Verdoppelung. Wir haben dies auch schon in der ersten Budgetdebatte angesprochen. Da ich Morgen an der Debatte der Gesundheitskommission teilnehmen darf, habe einige Fragen zu dieser Thematik. Gerne möchte ich von den Fachpersonen erfahren, ob das nur Personen sind, welche auf der sogenannten schwarzen Liste stehen und einfach nicht bezahlen wollen oder hat es dort auch Personen dabei, welche einfach nicht bezahlen können. Das wären dann Personen, welche in eine missliche Lage geraten sind. Das ist der sogenannte untere Mittelstand, welcher noch keine Prämienvergünstigung beantragen konnte, da sie zu viel verdienen. Und jetzt einfach ein schwieriges Jahr hatten, in der Folge die Prämien nicht mehr bezahlen können und dann betrieben werden mussten. Um was für Personen handelt es sich aufgrund der bisherigen Erfahrungen? Personen, welche auf der schwarzen Liste sind oder Personen, welche in eine Not geraten sind? Es wäre sehr interessant, dies zu erfahren.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Gerold Brunner ist heute Abend leider nicht anwesend. Er hätte wohl die Fragen beantworten können. Wir wären froh, wenn wir solche Fragen, welche eine Fachauskunft notwendig machen und einen gewissen Erfahrungswert voraussetzen, bereits im Vorfeld wüssten. So könnte man diese entsprechend bearbeiten und vorbereiten. Ich gehe davon aus, dass Urs Spillmann keine Angaben dazu machen kann, da er nichts mit den Betreibungen zu tun hat. Es besteht jedoch kein Zusammenhang mit den Verlustscheinen im Betreibungsamt und der schwarzen Liste, welche auf der Gemeinde geführt wird. Wir können dieser Frage jedoch sehr gerne nachgehen und dann bilateral darüber informieren.

Steuerfuss

Einzelvoten

Pascolin Laura, SP: Ich möchte Sie daran erinnern, dass SVP-Gemeinderat Roland Vogt im Wohler Anzeiger vom 15. September 2017 folgendes gesagt hat, ich zitiere:

„Ab 2019 sollen es dann ständig 115% sein. Wir wollen keine Fantazahlen nennen, aber die 115% sind eine realistische und ehrliche Zahl. Wir wollen dem Einwohnerrat und dem Volk mit dem Finanzplan auch aufzeigen, was sinnvoll ist.“

Abstimmung

Die Anträge der SVP (110%), und der FGPK (115%) werden einander gegenübergestellt.

Antrag SVP (110%):	16	Stimmen
Antrag FGPK (115%):	19	Stimmen
Enthaltungen	1	Stimme

Der Antrag der FGPK (115%) obsiegt und wird dem gemeinderätlichen Antrag gegenübergestellt (113%):

Antrag FGPK (115%):	18	Stimmen
Antrag Gemeinderat (113%):	10	Stimmen
Enthaltungen	8	Stimmen

Der Antrag der FGPK (115%) obsiegt.

Genehmigung des Budget 2019 der Einwohnergemeinde Wohlen AG mit einem Steuerfuss von 115%.

Abstimmung

Das Budget 2019 der Einwohnergemeinde Wohlen AG mit einem Steuerfuss von 115%

wird mit 20 Ja-Stimmen zu 16 Nein-Stimmen angenommen.

Brunner Edwin, Präsident: Die nächste Sitzung findet am 18. März 2019 statt. Sitzungsbeginn ist voraussichtlich um 19.00 Uhr. Es sind noch nicht alle Traktanden bekannt.

Herzlichen Dank für die konstruktive Sitzung. Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

Für das Protokoll



Edwin Brunner
Präsident



Michelle Hunziker
Gemeindeschreiber-Stv.